



INFORMATION

Koordination Südliches Afrika e.V.

Südafrika: Der Kampf um die Stadt

Mehr denn je stellt sich die Frage, wer ein Recht auf Bleibe und Mitbestimmung im urbanen Raum hat.

Seit Wochen entbrennen in südafrikanischen Großstädten wütende Proteste um Zwangsräumungen. Am 29. Mai 2017 kam während einer solchen Räumung an der Foreman Road-Siedlung in Durban ein zwei Wochen altes Baby ums Leben. Abahlali baseMjondolo, die wohl bekannteste Bewegung der shack dwellers (Hüttenbewohner) in Südafrika, nahm dies zum Anlass, die Stadtverwaltung Durbens massiv für ihren Einsatz von Gewalt zu kritisieren. Anfang Juli marschierten tausende Protestierende zum Sitz der Bürgermeisterin, um ihr verfassungsgemäßes Recht auf Wohnraum und das Ende der Räumungen zu fordern. Die Proteste armer Südafrikanerinnen und Südafrikaner im städtischen Raum werden häufig unter dem Stichwort "service delivery protest" subsumiert und dann abgetan. Tatsächlich zählen das Abschalten von Strom und Wasser, das jahrelange Hinhalten von Familien in der Hoffnung auf angemessene Häuser, zu den Strategien der Räumung.

Wohnrecht in Verfassung verankert

Seltener allerdings fällt der Blick auf die symbolische Bedeutung der Besetzung innenstadtnaher Flächen, die aus dem späten Anti-Apartheidskampf schöpfen. Die Stadt der Apartheid war geprägt von rassistischer Segregation, in der die urbane Moderne der weißen Bevölkerung vorbehalten sein sollte. Nach diesem Verständnis, das im Grunde ein koloniales ist, waren Schwarze per se im Ländlichen verortet und maximal als

notwendige Arbeitskräfte am Rand der Stadt geduldet. Ab Mitte der achtziger Jahre wurde diese Politik von schwarzen Südafrikanerinnen und Südafrikanern gezielt angegriffen, in dem ein Recht auf das Leben in der Stadt artikuliert und durch die Besetzung von Flächen durchgesetzt wurde. Die Bedeutung dieses Kampfes um den urbanen Raum für den Widerstand schlug sich nach den ersten freien Wahlen 1994 in umfassender Gesetzgebung nieder, die das Recht auf Wohnraum in die Verfassung schrieb und Besetzer/innen vor willkürlichen Räumungen schützen sollte.



Die Skyline von Joburg Foto: Saarmann/KOSA

Tatsächlich wurden seitdem über vier Millionen Wohneinheiten durch den südafrikanischen Staat gebaut. Und dennoch werden auch heute Bewohner und Bewohnerinnen von informellen Siedlungen aus ihren Unterkünften vertrieben, in vielen Fällen ohne eine gerichtliche Anordnung. Die Brutalität, die dabei immer wieder zum Einsatz kommt, erinnert erschreckend an die Vergangenheit. So hat die Stadt Durban vor wenigen Wochen den Kauf mehrerer „Casspirs“ geordert – die gepanzerten Truppentransporter gelten vielen als ein Inbegriff der Apartheid.

Es sind historische Kontinuitäten, die sich in einem neuen urbanen Spannungsfeld auftun. An die Stelle der Segregation nach rassistischen Zuschreibungen ist die Ausgrenzung auf Grund sozio-ökonomischer Kriterien getreten (die freilich in Südafrika und andernorts noch immer stark mit Hautfarbe zusammenhängt).

Gentrifizierungsprozess

Immer mehr Menschen ziehen in die Städte, in Südafrika inzwischen zwei Drittel der Bevölkerung, auf der Suche nach Arbeit, Anschluss oder Selbstverwirklichung. Gleichzeitig zieht das Kapital ein. Sowie die Urbanisierung auf dem Kontinent wächst, so haben sich die Immobilienmärkte afrikanischer Großstädte von der Peripherie globaler Investitionen in Richtung Zentrum verschoben. Vormalig heruntergekommene innenstadtnahe Viertel werden aufgekauft, renoviert, in Stand gesetzt und einer jungen urbanen Bohème erschließbar gemacht.

Der Gentrifizierungsprozess ist in Städten wie San Francisco, Rio und Berlin genauso präsent wie in Kapstadt oder Johannesburg. Als Gentrifizierung wird der Prozess der Aufwertung eines Wohngebietes durch Zuzug einer statushöheren Wohnbevölkerung gekennzeichnet.

Ein gutes Beispiel ist das hippe Maboneng – eine Wortneuschöpfung des südafrikanischen Investors Jonathan Liebmann, der 2008 begann, im bis dahin verrufenen Stadtteil Jeppestown von Johannesburg günstig Haus um Haus zu kaufen. Noch immer liegen schicke Galerien, Cafés und Apart-



SÜDAFRIKA: BERGBAU UND ATOMKRAFT

Kritik an neuer Bergbau-Charta Wo ist die Stimme der betroffenen Personen?

menthäuser nur wenige Straßenzüge von maroden Hinterhöfen entfernt, in denen alle jene billig, und häufig ohne Mietverträge, wohnen, die auf die Nähe zur Innenstadt angewiesen sind. Doch der Druck steigt und die Verdrängung an den Stadtrand nimmt zu. Auch dagegen formiert sich der Protest. Bewegungen wie Abahlali baseMjondolo fordern nicht nur die Beendigung von Räumungen und Bereitstellung von Wohnraum. Sie fordern eine echte Auseinandersetzung von Politiker/innen und Stadtplaner/innen mit den Bedürfnissen der Armen, wie sie von diesen artikuliert werden. Sie fordern, dass mit ihnen und nicht über sie gesprochen wird. Damit stellen sie immer wieder die Frage danach, wer das Recht hat, in der Stadt zu leben und teilzuhaben. Wie müssen lebenswerte Städte in der Zukunft organisiert sein, unabhängig von technokratischen Groß-Lösungen. Fragen, die sich Menschen in Deutschland ebenso stellen müssen wie in Südafrika und dem Rest der Welt.

Laura Wunder

Kürzlich legte Südafrikas Bergbauminister Mosebenzi Zwane eine weitere Bergbau-Charta (Reviewed Mining Charter) vor. Sie soll nach zwei Vorgängerinnen entscheidende Veränderungen bringen. So sollen bestehende Minen zu 30 Prozent und neue Minen zu 50 Prozent schwarzen Anteilseignern gehören. Ferner müssen die Unternehmen neben ihren Dividenden einen Prozent des Umsatzes an ihre schwarzen Anteilseigner ausschütten sowie Aufsichtsräte mindestens zur Hälfte aus schwarzen Mitgliedern bestehen. Kritik ließ nicht lange auf sich warten: Die Bergbaukammer droht mit dem Gang vor das Verfassungsgericht Mitte Juli, da aus ihrer Sicht mehrere Punkte gegen die Verfassung verstoßen, sie das Vorgehen der Erarbeitung kritisieren und eine Überregulierung sehen. Zwischen Zustimmung und Ablehnung schwanken Gewerkschaften wie die Association of Mineworkers and Construction Union (AMCU). Sie begrüßen einzelne Punkte, merken aber an, dass ein höherer Anteil an Vorstandsmitgliedern nicht die Bedingungen für die



**Im Bau: das Kohlekraftwerk Kusile
Foto: Saarmann/KOSA**

gewöhnlichen Arbeiter verbessern. Ähnlich sieht es MACUA, in der Allianz haben sich von Bergbau betroffene Gemeinschaften zusammengeschlossen. Die Erarbeitung der Charta fand ohne betroffene Gemeinschaften als vierter Partner neben Gewerkschaften, Regierung und Industrie statt. Gewünschte Anforderungen an soziale und arbeitsrechtliche Auflagen an Unternehmen konnten nicht eingebracht werden. Es lässt sich feststellen: Zu einer strukturellen polit-ökonomischen Transformation und kritischer Reflektion von industriellem Bergbau wird diese Charta nicht beitragen.

Andreas Bohne

Aufgeschoben oder aufgehoben?

Der Bau von Atomkraftwerken in Südafrika ist erst mal gestoppt

Die NROs Earthlife Africa und das Southern African Faith Communities' Environment Institute hatten 2015 einen Fall vor ein Kapstädter Gericht gebracht. Hintergrund ist die bisher größte geplante Vergabe einer südafrikanischen Regierung. Im September 2014 hatte die damalige Energieministerin Tina Joemat-Pettersson ein strategisches Abkommen mit der russischen Regierung zum Bau von acht Atomkraftwerken bis 2030 durch das Staatsunternehmen Rosatom geschlossen. Der Wert soll bei 65 Mrd. Euro liegen. Earthlife kritisiert das Verfahren als ungesetzlich, intransparent und nicht in Übereinstimmung mit der Verfassung. Auch verwies Earthlife auf die vorläufige Version des neuen Integrated Resource Plan, der zwar noch nicht in Kraft ist, aber keinen Bedarf von Atomenergie mehr nennt.

Dem Antrag der Kläger folgte das Western Cape High Court jetzt und schätzte das Verfahren zum Bau der Atommeiler als nicht konform mit der Verfassung ein, da u.a. Russland durch das strategische Abkommen gegenüber anderen Mitbewerbern bevorteilt würde. Ferner verlangt das Gericht für jeden Atomdeal die Zustimmung des südafrikanischen Parlaments und dass bisherige Vereinbarungen vom Department of Energy annulliert werden müssen.

Südafrikas Regierung argumentiert für ein Nuklearprogramm, um die Energieversorgung unabhängiger zu gestalten und für die weitere Industrialisierung zu nutzen. Daher beilte sich Präsident Jacob Zuma, den Ausbau als sicher zu nennen, obwohl Ratingagenturen auch durch den beabsichtigten Deal Südafrika auf Ramschniveau abstufen. Für Zuma hat der Bau der Atomkraftwerke auch eine innerparteiliche Dimension: Der im März gefeuerte Finanzminister Pravin Gordhan positionierte sich gegen den Deal, während sein Nachfolger Malusi Gigaba der Sache ebenso positiver gegenübersteht wie die aktuelle Energieministerin Mmamoloko Kubayi. Ist der Atomdeal daher nur aufgeschoben anstatt aufgehoben?

Andreas Bohne

BASF-Aktionärsversammlung 2017: Südafrikanische Delegation entlässt BASF nicht aus der Verantwortung wegen Marikana

Am 12. Juni fand im Rosengarten in Mannheim die jährliche Aktionärsversammlung der BASF statt. Wie bereits 2015 und 2016 war auch eine Delegation aus Südafrika mit Hilfe des Dachverbands der Kritischen AktionärInnen unter den rund 6000 Aktionär/innen.

Die Delegation bestand wieder aus dem anglikanischen Bischof Jo Seoka, Joseph Mathunjwa, dem Generalsekretär der größten Gewerkschaft im Platängürtel Südafrikas AMCU, und Mzoxolo Madigwana, einem Minenarbeiter, der am 16. August 2012, bei dem Massaker von Marikana schwer verletzt worden war. Begleitet wurde die südafrikanische Delegation von deutschen und österreichischen Mitgliedern der Kampagne PLOUGH BACK THE FRUITS, die 2015 mit dem Ziel ins Leben gerufen wurde, von der BASF ihre Lieferkettenverantwortung einzufordern.

Aggressiver Ton aus Vorstandstage

Verglichen mit der Aktionärsversammlung von 2016 war in diesem Jahr der Ton gegenüber der Delegation sehr aggressiv. Kurt Bocks Antworten auf die südafrikanischen Reden gaben nur die Standardantworten der letzten Jahre wider. So sagte er etwa zur Frage nach Entschädigung: „Um Ihre Fragen an dieser Stelle konkret zu beantworten: Wir, BASF, werden uns nicht an diesem Entschädigungsfonds beteiligen und das ist auch in völligem Einklang, ich wiederhole es hier, mit erstens dem Ablauf der Geschehnisse und mit allen Standards, die auch international gelten, sowohl von der UN und der OECD. Gleichwohl kommen Sie jetzt zum dritten Mal und erläutern Ihre Situation und bitten um Sympathie und Unterstützung.“

Kurt Bock war in der Wortwahl zwar bemüht, aber der Ton seiner Antworten und die Logik seiner Argumente unterstellte der Delegation, sie würde mit

Emotionen spielen, um Sympathie und Unterstützung zu mobilisieren. Dies nahm Bischof Jo Seoka in seiner Rede vorweg: „Um eines abschließend klar zu stellen: Wir stehen hier nicht als Bittsteller vor Ihnen! Es geht vielmehr um Ihre Glaubwürdigkeit und Ihre Integrität! Was wir von Ihnen verlangen, ist ein klares Zeichen Ihres Willens, dazu beizutragen, einen nachhaltigen Entwicklungsweg in Marikana einzuleiten!“



Mzoxolo Madigwana auf der BASF-Aktionärsversammlung. Foto: Kasa/Heidelberg

Es scheint, als hätte Bock diese Warnung nicht wahr- oder zumindest sie nicht ernst genommen: „Ich bin nicht sicher“, sagte er süffisant, „ob diese Antwort Sie überzeugen wird, dass es sich nächstes Jahr doch nicht wirklich lohnen könnte, hier nach Ludwigshafen zu kommen und Ihr Anliegen wieder vorzubringen, aber ich will es hier ganz deutlich sagen, es gibt – was die Sachverhalte angeht – keine Neuigkeiten. Wir arbeiten mit dem Unternehmen intensiv zusammen und wir weisen die Vorwürfe, die Sie hier wiederholt vorgebracht haben, dass wir uns schuldig gemacht haben, ausdrücklich und eindeutig zurück.“

Mit diesem Abschlussstatement übersieht Bock, dass seit 2012 immer mehr Details durchsickern, die Lonmin und die südafrikanische Regierung in Erklärungsnot geraten lassen. So etwa die starke Kooperation zwischen Polizei und Lonmin: Es gilt heute als gesichertes Erkenntnis, dass Lonmin die Listen der Anführer des Streiks zur Verfügung

gestellt hat, die am 16. August im Fokus der Repression der Polizei waren. Kurt Bock zeigt Respektlosigkeit gegenüber den Opfern des Massakers, die durch Mzoxolo Madigwana persönlich repräsentiert waren.

Bischof Jo Seoka ließ jedoch keinen Zweifel an den Absichten der Delegation: „Solange wir keine überzeugenden Antworten auf diese Fragen erhalten, werden wir wiederkommen, ungeachtet wie viele neue Dialoginitiativen Sie auch organisieren mögen.“

Für die Delegation und für die Kampagne ist klar: Menschen wurden ermordet, andere verletzt und diejenigen, die noch arbeiten, können kein menschenwürdiges Leben führen. Solange dies so ist, gibt es keine Ruhe, nicht für Lonmin und nicht für alle die, von Lonmins Machenschaften nicht nur profitieren, sondern etwa durch Preisdruck und fehlende Verantwortung in den Lieferkette sogar dazu beitragen. Bock versucht die Delegation zu diskreditieren, indem er „Verantwortung“ gegen „Schuld“ austauschte: Dort, wo die Delegation von „Verantwortung“ einem Lieferanten gegenüber spricht, antwortet er mit der Zurückweisung von „Schuld“. Niemand hat je behauptet, dass die BASF für das Massaker in Marikana direkt schuldig ist. Aber das Unternehmen trägt als Kunde von Lonmin eine Mitverantwortung an dem Druck, den Lonmin an die Arbeiter durch fehlende Investitionen in ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen weitergibt. „Wir arbeiten mit dem Unternehmen intensiv zusammen und wir weisen die Vorwürfe, die Sie hier wiederholt vorgebracht haben, dass wir uns schuldig gemacht haben, ausdrücklich und eindeutig zurück.“ Diese bewusste Vermischung der Kategorien hat etwas Manipulatives und sie dient dazu, jegliche Debatte zu beenden. Das wird Bock allerdings nicht gelingen.

Boniface Mabanza/KASA

KOSA-Projektreise: Von Kohle bis zu neuen Schulkontakten

Vom 10. bis 24. März waren Vorstandsmitglied Karin Saarmann und Geschäftsführerin Laura Wunder in KOSA-Angelegenheiten in Südafrika unterwegs. Ziele der Reise waren zum einen Absprachen und follow-up mit Kooperationspartnern und Organisationen zum Thema Kohle und Bergbau. Weiterhin sollten Schulen besucht werden, die eventuell Interesse an Schulpartnerschaften mit deutschen Schulen haben.

Aufbauend auf die Seminare und Lehrer/innenfortbildungen der letzten Jahre will KOSA in Zukunft die Initiierung von Schulpartnerschaften und deren Qualifizierung verstärkt unterstützen. Die Reise war der erste Schritt in diese Richtung.

In Johannesburg knüpften wir interessante Kontakte zu Organisationen wie Benchmarks Foundation, South Africa Economic Rights Institute (SERI) und WoMin. Die NGOs verfügen ihrerseits über ein breites lokales Netzwerk auf der Ebene betroffener Gemeinden mit verschiedenen Schwerpunkten. So ist WoMin beispielsweise am Aufbau eines Netzwerkes von Frauen beteiligt, die vom Bergbau in besonderer Weise betroffen sind.



Schülerinnen in eMalaheni
Foto: Saarmann/KOSA

In eMalaheni wurden wir von Lucky Maisanye und Matthews Hlabane freundschaftlich empfangen. Wir nahmen Teil an der *ToxicTour* über stillgelegte Minen, Sinkgruben und unterirdische Brände und trafen Vertre-

ter/innen der vom Bergbau betroffenen Gemeinden während eines Workshops. Insgesamt gelang es uns, über Hinweise und Kontakte der Kooperationspartner sieben Schulen vorwiegend in Mpumalanga zu besuchen - zumeist staatliche Schulen, in denen kein oder nur ein geringes Schulgeld bezahlt werden muss.

Die Ausstattung der Schulen variierte stark und war auch von vorherigen Förderungen u.a. durch Bergbauunternehmen abhängig. Alle Schulen waren interessiert an der Idee einer Schulpartnerschaft und dem dahinter stehenden Gedanken vom globalen (miteinander) Lernen. Einige Schulen hatten auch schon Erfahrung mit Kontakten ins Ausland gesammelt. Besonders beeindruckend war z.B. die Kamagugu Inclusive School, die sich um Schüler/innen mit besonderem Lernbedarf kümmert.

Zum Schulpartnerschaftsprojekt fanden auch Gespräche mit Mitarbeitenden des Premier Office und des Department of Education der Provinzregierung Mpumalanga statt, um über das Projekt zu informieren und dort auch Akzeptanz darüber zu schaffen. Generell wird das Projekt befürwortet, wobei das Department of Education betonte, dass sie gern involviert werden und regelmäßigen Austausch darüber halten möchten.

Trotz des offenen Interesses der Schulen an einem Austausch wird es sich zeigen, inwiefern der Kontakt mit deutschen Schulen initiiert und eingerichtet werden kann. KOSA wird die Rolle der Vermittlung und Vernetzung übernehmen und auch Hilfestellung geben bei der Suche nach evtl. finanzieller Unterstützung des Lehrer/innen- oder Schüler/innenaustauschs. Direkte finanzielle Unterstützung jedoch wird nicht möglich sein. Dies wurde in den Gesprächen deutlich hervorgehoben, um keine falschen Erwartungen zu wecken.

Karin Saarmann

Seminare:

"Auf vielen Schultern?! - Verankerung von Schulpartnerschaften in der Schule und darüber hinaus"

29. September 2017, Bielefeld

Eine Fortbildung von KOSA und dem Koordinierungskreis Mosambik (KKM) im Welthaus Bielefeld. Sie richtet sich vor allem an Lehrkräfte, die eine Schulpartnerschaft im südlichen Afrika betreuen oder planen, sowie an Akteure, die Projektpartnerschaften im außerschulischen Bereich pflegen.

Kontakt: Laura Wunder, KOSA
0521-986 48 51

laura.wunder@kosa.org

**(Schul-)Partnerschaftsseminar:
Migration und Medien - Was ist da los in Deutschland und Südafrika?**

20.-22. November 2017,

Jugendgästehaus Dortmund

Anmeldung bis 15. Oktober 2017 an:
Koordination Südliches Afrika e.V.

(KOSA), August-Bebel-Str. 62, 33602
Bielefeld, 0521-986 48 51

E-Mail: kosa@kosa.org

Impressum / Herausgeber

Koordination Südliches Afrika
KOSA e.V.

August-Bebel-Str. 62

D-33602 Bielefeld

Tel.: 0521-98648-51

Fax: 0521-63789

kosa@kosa.org / www.kosa.org

Konto GLS-Bank

IBAN DE90 4306 0967 4025 9324 00

BIC GENODEM1GLF

V.i.S.d.P., Redaktion, Layout

Lothar Berger

Koordination:

Christoph Beninde

Redaktionsschluss:

10.07.2017

Druck:

KDR, Bielefeld